

Vor der Wahl ist eben nicht nach der Wahl - Thüringer SPD wird bei den Landtagswahlen abgestraft

Die Justizminister Dr. Jürgen Märtens (FDP) und Dr. Holger Poppenhäger (SPD), der beiden Freistaaten Sachsen und Thüringen, unterzeichneten am 14.08.2014 im Landgericht Zwickau die Verwaltungsvereinbarung zum Bau einer gemeinsamen JVA in Zwickau Marienthal. Für beide Minister war es einer der letzten großen Auftritte vor den anstehenden Landtagswahlen in beiden Ländern. Aus diesem Grunde wurden auch reichlich Presse und Gäste zu dieser feierlichen Unterzeichnung eingeladen, um sich nochmals in der Öffentlichkeit zu präsentieren.



Doch nun unmittelbar nach den Landtagswahlen können wir resümieren, dass es für Beide wohl der letzte öffentliche Auftritt in dieser Sache war. Herr Dr. Jürgen Märtens schaffte mit seiner Partei den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag nicht und kann somit definitiv sein Werk nicht weiter fortsetzen. Der Thüringer Justizminister wird wohl sein Amt auch nicht wieder bekommen, da es nach bisherigen Erkenntnissen anderer Bewerber hierfür gibt und auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch nicht klar ist ob die SPD das Justizressort überhaupt wieder besetzen wird.

Das schlechte Abschneiden der Thüringer SPD bei den nun zurückliegenden Landtagswahlen ist unter anderem auch ein Ergebnis des schlechten Umgangs dieser Partei mit ihren Wählern und den Bediensteten in ihren Häusern. Die Schere zwischen Wahlkampfaussagen, Parteiprogramm und der tatsächlichen Arbeit trifft zu weit auseinander. Im Vordergrund der Tätigkeit der Verantwortlichen SPD Genossen im Thüringer Justizvollzug stand in den letzten 5 Jahren, die Sicherung von Dienstposten für die eigenen Genossen, die Durchsetzung eigener Ideen beim Entwurf und der Verabschiedung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches, beim gemeinsamen Bau der gemeinsamen JVA mit dem Freistaat Sachsen und bei der Entwicklung eines „Personalkonzeptes“ für den Justizvollzug. In keiner, dieser doch für die weiteren Jahre so wichtigen Entscheidungen, erfolgte die breite Einbeziehung von erfahrenen Bediensteten des Thüringer Justizvollzuges, Gewerkschaften

und Personalräten. Im Gegenteil Personalräte hatten bereits vor 2 Jahren einen umfassenden Fragenkatalog ins besondere zu den anstehenden Schließungen der JVA Gera und Hohenleuben eingereicht, eine Antwort aus dem Ministerium gibt es bis heute noch nicht. Ist das der Umgang einer „Volkspartei“ mit seinen Wählern und seinen Bediensteten?

Es bleibt nun nur zu hoffen, dass die künftigen Verantwortlichen im Thüringer Justizministerium ein besseres Händchen beim Umgang mit ihren Bediensteten an den Tag legen. Man sollte auch schon heute daran denken, dass in fünf Jahren wieder gewählt wird.

Und noch eine Anregung zum Schluss. Der hohe Krankenstand im Thüringer Justizvollzug mit durchschnittlich 30 Krankentagen je Bediensteten ist nicht allein mit einem BGM zu lösen, dazu gehört auch ein besserer Führungsstil der Verantwortlichen im Thüringer Justizministerium. Die Bediensteten des Thüringer Justizvollzuges sind bereit für die anstehenden Aufgaben. Dazu gehört aber auch eine Akzeptanz und Anerkennung der täglichen schwierigen Arbeit der unmittelbar an der Basis arbeitenden Bediensteten.

Wir als BSBD Landesverband stehen für offene und ehrliche Gespräche mit den Verantwortlichen für den Thüringer Justizvollzug, jederzeit und gerne, zur Verfügung.

Gerd Schulz
BSBD LV Thüringen
Landesvorsitzender